

Überregionaler Pressespiegel 17.01.2012

Echo online | 17.01.2012

Linken-Fraktionschefs droht Aufhebung der Immunität

Wiesbaden. Die hessischen Linksfraktions-Vorsitzenden Janine Wissler und Willi van Ooyen wehren sich gegen die drohende Aufhebung ihrer Immunität wegen einer Anti-Nazi-Demo in Dresden. Die Staatsanwaltschaft der sächsischen Hauptstadt wirft den beiden Landtagsabgeordneten vor, im Februar 2010 Rädelführer einer nicht genehmigten Blockade gewesen zu sein.

Angesichts der Serie von Neonazi-Morden wäre es ein „verheerendes Signal“, Menschen zu bestrafen, die gegen Rechts demonstrieren, sagte Wissler am Dienstag in Wiesbaden. Der Hauptausschuss des hessischen Landtags wird am Mittwoch über die beantragte Aufhebung der Unantastbarkeit der Abgeordneten entscheiden.

Unter 10000 Demonstranten hatten auch die sechs hessischen Landtagsabgeordneten der Linken an der Blockade eines genehmigten Neonazi-Aufmarsches teilgenommen, der zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens 1945 stattfinden sollte. Die hessischen Linken hielten dabei mit Kollegen aus Sachsen und Thüringen ein Treffen ab, das sie als „öffentliche Fraktionssitzung“ deklarierten.

An der Blockade hatten auch Bundespolitiker wie Wolfgang Thierse (SPD) und Claudia Roth (Grüne) teilgenommen, die juristisch nicht belangt wurden. Verfahren gegen andere Linken-Abgeordnete wurden eingestellt. Allerdings klagte die Staatsanwaltschaft Dresden auch die Fraktionschefs von Thüringen und Sachsen, Bodo Ramelow und André Hahn, an. Gegen Ramelow ist mittlerweile ein Strafbefehl erlassen worden, er will die Geldbuße von 2400 Euro aber nicht akzeptieren.

„Wir sehnen uns nicht nach einem Prozess“, sagte van Ooyen. Man werde das Recht auf Demonstrationen gegen Rechts aber notfalls auch vor Gericht vertreten. Die hessischen Linken hatten 2011 erneut in Dresden demonstriert und planen für Februar dieses Jahres eine weitere Reise nach Sachsen. dpa

<http://www.echo-online.de/nachrichten/landespolitik/Linken-Fraktionschefs-droht-Aufhebung-der-Immunitaet;art175,2530281>

Neues Deutschland | 17.01.2012 | René Heilig

Rittergut der Rechtsextremen

Thüringer Verfassungsschutz gestattete Ankauf und Aufbau eines Schulungszentrums
Der Verfassungsschutz in Thüringen linkte nicht nur die Polizei und ermöglichte so das Abtauchen der gesuchten Rechtsextremisten Uwe Bönnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe. Der Geheimdienst gab auch kein Signal, als extreme Rechte aus Landesbesitz ein Rittergut erwarben, das als Schulungszentrum und Rückzugsraum dient.

15 000 Kilometer sei er durch's deutsche Land gefahren, um ein neues Heim für den Verein »Gedächtnisstätte« zu finden, teilte dessen Vorsitzender Klaus-Wolfram Schiedewitz Ende 2010 mit und signalisierte Erfolg: »Jetzt glauben wir, ein geeignetes Objekt gefunden zu haben.« Der Diplom-Ingenieur, der im niedersächsischen Seevetal

eine Firma hat, verkündete am 19. Februar 2011 anlässlich des alljährlichen Naziaufmarsches in Dresden, dass man in »Mitteldeutschland« siedeln werde. Wären die Sicherheitsbehörden nicht so sehr mit der Verfolgung von Antifaschisten beschäftigt gewesen, hätten sie hellhörig werden können.

Jahrelang war die ehemalige Landwirtschaftsschule vom Land Thüringen zum Preis von 380 000 Euro angeboten worden. Erfolglos. Obwohl das mehrgeschossige Gebäude mit rund 1000 Quadratmetern Wohnfläche, einem Garten und einer Kegelbahn frisch saniert war. Im Mai 2011 wurde das Haus dann tatsächlich durch das landeseigene »Thüringer Liegenschaftsmanagement« (Thülima) an die Heilpraktikerin Bettina Maria Wild-Binsteiner aus Sinntal (Hessen) verkauft. Ende September musste das verantwortliche Finanzministerium einräumen, die Käuferin sei Mitglied des Vereins »Gedächtnisstätte e. V.« und unterhalte Kontakt zur neonazistischen »Gesellschaft für freie Publizistik e. V.«.

Der Verfassungsschutz war nicht überrascht. Sowohl Schiedewitz als auch der Verein »Gedächtnisstätte« werden zwar vom Binnengeheimdienst als »rechtsextremistisch« eingestuft und seit Jahren beobachtet. Auch weiß man, dass Schiedewitz zu einem bundesweiten Netzwerk aus Holocaustleugnern und Geschichtsrevisionisten gehört. Mitglieder des Vereins verherrlichen die Nazi-Herrschaft, ihnen geht es um das Reinwaschen von Schuld, ergänzt der niedersächsische Verfassungsschutz. Auch die Kollegen in Sachsen wissen, was vorgeht im 1992 gegründeten Verein.

Maßgeblichen Anteil an dessen Gründung hatten Personen aus dem 2008 verbotenen Verein Collegium Humanum, der ebenfalls seinen Sitz in Vlotho hatte. Wie viele Mitglieder der hat, will Schiedewitz nicht sagen. »Unser Verein setzt sich für eine würdige Gedächtnisstätte für die zwölf Millionen zivilen deutschen Kriegsoffer ein«, sagte Schiedewitz kürzlich vor Journalisten. Für die anderen Opfer des Zweiten Weltkriegs gebe es ja bereits Tausende von Gedenkstätten. Es sei typisch, dass Journalisten und Politiker vor dem Hintergrund der »ganz Deutschland bewegenden Ereignisse« - womit er die Enthüllungen des rechtsextremistischen Terrornetzwerkes meint - nun wieder eine »Riesen-Blähmaschine« in Gang setzten. »Ich verdamme die Taten - wenn sie denn so geschehen sind. Aber man sollte auch mal schreiben, wie viele Deutsche durch Ausländer umgebracht wurden - das geht weit über diese zehn Toten hinaus«, so Schiedewitz, der sich nicht als Ausländerfeind oder Rechtsextremist begreift. »Aber wenn das Existenzrecht der Deutschen bedroht ist, dann müssen wir uns wehren.«

Ein Gutteil des Kaufpreises stammt offenbar aus dem Verkauf der 2005 ersteigerten Gedächtnisstätte«-Immobilie im sächsischen Borna. Angeboten hatte sie die Lausitzer Mitteldeutsche Bergbau Verwaltungsgesellschaft LMBV. Dass der Verein - wider Beteuerungen - den Kontakt zu Neonazi-Kreisen nicht scheut, dokumentierte die »Gedächtnisstätte« beim Sommerfest 2007 der »Freien Kräfte Leipzig«. Die fand auf dem Gelände des Vereins statt. Die NPD schickte einen Redner.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/215745.rittergut-der-rechtsextremen.html?sstr=DResden>

Wetterauer Zeitung | 17.01.2012 | 12:00 Uhr

Keine Handhabe gegen Rechte im Friedberger Rathaus

Friedberg (jw). Angestellte im öffentlichen Dienst müssen sich durch ihr »gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen«. So ist es im Bundes-Angestelltentarif festgeschrieben. Ist das mit der

Teilnahme an Neonazi-Aufmärschen und Aktivitäten im Umfeld der NPD vereinbar?

Das »Antifaschistische Komitee Hessen« sagt Nein und hat die Stadtverwaltung in einem Brief aufgefordert, einen ihrer Mitarbeiter zu entlassen. Der junge Mann ist seit mehreren Jahren im Friedberger Rathaus beschäftigt, die Antifaschisten zählen ihn »zum festen Kern der Wetterauer Neonazi-Szene«. Dass diese Forderung nicht so leicht umsetzbar ist, betont Bürgermeister Michael Keller: »Das ist ein politisches Problem, das mit dem Arbeitsrecht nicht zu lösen ist.« Solange die Bundesregierung Parteien wie die NPD nicht verbieten lasse, seien den Kommunen die Hände gebunden.

Markus B. (Name von der Redaktion geändert) sei sich »der Gefahr bewusst, öffentlich als Neonazi erkannt zu werden«, schreibt das »Antifaschistische Komitee Hessen« in der ohne Verfasseramen verschickten E-Mail, die gestern im Rathaus ankam und von der Kopien »an Presse, Parteien und Gewerkschaften« gingen. Deshalb halte sich B. »bei öffentlichen Auftritten stets im Hintergrund«. Am 13. Februar 2010 gelang das offenbar weniger gut. Ein Foto zeigt B. beim Neonazi-Aufmarsch in Dresden. Rund 6000 Rechtsextreme wollten auf Einladung der völkisch-bündischen Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) am Jahrestag der Bombardierung von Dresden ihre Version der Geschichte auf die Straße tragen. Markus B. ist auf dem Foto neben dem NPD-Bundesschatzmeister Andreas Storr und dem Wetterauer NPD-Vorsitzenden Daniel Lachmann (Büdingen) zu sehen.

Als weiteren Beleg für die rechtsextreme Gesinnung von B. führen die Antifaschisten dessen Facebook-Seite an. Dort zeigt sich B. »in einem T-Shirt der extrem rechten Modemarke ›Thor Steinar«, die fast ausschließlich über Neonazi-Versände und -Geschäfte vertrieben und vor allem von Neonazis getragen wird«. Die E-Mail-Adresse von B. findet sich in einer Kundendatei von »Thor Steinar«, die vom Hackerkollektiv »Anonymous« geknackt und frei zugänglich im Internet gemacht wurde. Die Antifaschisten wollen wissen, dass B. auch am Arbeitsplatz diese Kleidung trage. Das, sagt Bürgermeister Keller, sei nicht richtig. Ein Rathausmitarbeiter sagte der WZ, in der Vergangenheit sei das mehrfach der Fall gewesen.

Viel wichtiger dürfte die Befürchtung sein, dass Neonazis im öffentlichen Dienst Zugriff auf Personendaten haben. »Was passiert, wenn er persönliche Daten von Menschen, die nicht in sein Weltbild passen, an andere Neonazis weitergibt, ist nicht auszudenken. Wir halten es für unverantwortlich, Neonazis im öffentlichen Dienst zu beschäftigen«, heißt es in der Mail, in dem gefordert wird, die Stadt müsse »endlich die nötigen Konsequenzen ziehen«.

Fall ist im Rathaus seit Jahren bekannt

Dass sich der Rathausmitarbeiter in der rechten Szene bewegt oder bewegt hat, ist für den Bürgermeister »nichts neues«. Keller: »Wir setzen uns seit Jahren mit diesem Fall auseinander.« Einfach so entlassen könne man den jungen Mann aber nicht. Keller fordert daher ein Verbot der NPD. »Aber solange eine Partei, die nach Ansicht sehr vieler Menschen den Konsens im Land verletzt, nicht verboten wird, können wir als Kommune nichts unternehmen.« Politische Probleme ließen sich nicht mit dem Arbeitsrecht lösen. Ob B. NPD-Mitglied sei, wisse er nicht. Parteizugehörigkeiten müssen beim Arbeitgeber nicht angegeben werden.

Keine Handhabe gegen Rechte im Friedberger Rathaus

Einen Datenmissbrauch schließt Keller aus. Markus B. hat im Rathaus Zugang zu

Personendaten. »Alle kritischen Datenvorgänge werden bei uns turnusmäßig vom Datenschutzbeauftragten überprüft«, sagt der Bürgermeister. »Das gilt für alle Mitarbeiter.« B. sei bislang auch nicht mit rechtsextremem Gedankengut aufgefallen. Von Kollegen wird B. als »freundlich und zuvorkommend« beschrieben, ein Typ, der sich rührend um Praktikanten kümmere. »Man wird schizophran, wenn man dem täglich begegnet und weiß, welches Menschenbild der hat«, sagt ein Rathausmitarbeiter.

Hardcore-Nazis oder harmlos?

Nach Informationen der WZ war Markus B. bis mindestens 2009 in der NPD aktiv, er pflegt Freundschaften mit Mitgliedern der rechten Szene, soll sich auch an der Abstimmung über den NPD-Parteivorsitzenden beteiligt haben, als im November 2011 Udo Voigt durch Holger Apfel abgelöst wurde. Auch soll es eine NPD-Vorstandssitzung in seiner Wohnung gegeben haben. »Das ist ein Hardcore-Nazi«, sagt ein Insider. »Der gibt sich nach außen sympathisch, spielt Unschuldslamm. Das übliche Versteckspiel.«

Dafür spricht die »Petition für die Freiheit von Dr. Horst Mahler« vom 5. Januar 2011, die nicht nur von Markus B. unterzeichnet wurde, sondern auch von Daniel Lachmann, Stefan Jagsch und Daniel Knebel – und somit vom halben Wetterauer NPD-Vorstand. Der frühere RAF-Terrorist Mahler wechselte Ende der Neunzigerjahre das Lager, war zeitweise NPD-Mitglied und wurde mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilt. Die Unterzeichner der Petition fordern Mahlers »sofortige Freilassung aus den menschenverachtenden Nazi- und Stasi-Knästen in der abzuschaffenden BRD«. Mit der von öffentlichen Angestellten geforderten »freiheitlich demokratischen Grundordnung« dürfte solches Gedankengut wohl nur schwer unter einen Hut zu bringen sein.

http://www.wetterauer-zeitung.de/Home/Kreis/Staedte-und-Gemeinden/Friedberg/Artikel,-Keine-Handhabe-gegen-Rechte-im-Friedberger-Rathaus-_arid.314242_costart.1_regid.3_puid.1_pageid.80.html

Lausitzer Rundschau | 17.01.2012

Bewährungsstrafe für Steinewerfer

Dresden Weil er bei den schweren Ausschreitungen am 19. Februar 2011 in Dresden einen Stein auf Polizisten geworfen hat, ist ein 20-Jähriger wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung zu einer Jugendstrafe von zehn Monaten auf Bewährung verurteilt worden.

Das Amtsgericht Dresden wies den Angeklagten außerdem an, 50 Arbeitsstunden abzuleisten.

Der Heranwachsende gestand, einen Stein in Richtung einer Polizeikette geworfen zu haben. „Vielleicht waren es auch zwei“, sagte er. Den Polizeibeamten war der Werfer, der eine graue Jacke und eine helles Basecap trug, aufgrund seiner markanten Kleidung aufgefallen. Außerdem sei er unmittelbar vor einem blauen VW-Transporter aus der Menge hervorgetreten, um aus höchstens 30 Metern Entfernung einen faustgroßen Pflasterstein auf die Uniformierten zu werfen, berichteten mehrere Beamte als Zeugen.

Zum zweiten Mal stand nun ein Steinewerfer vom 19. ebruar vor dem Dresdner

Jugendschöffengericht. Anfang Dezember war der 19 Jahre alte Bruder des jetzigen Angeklagten, der ebenfalls mit Steinen geworfen hatte, zu einer Bewährungsstrafe von acht Monaten verurteilt worden.

Der 20-Jährige sagte, er habe seinen Bruder von Döbeln nach Dresden zu den Demos begleitet und bis dahin gar nicht gewusst, worum es bei den Auseinandersetzungen in Dresden gegangen sei. Auch habe er angeblich keine Probleme mit der Polizei gehabt. Das jedoch wertete das Jugendschöffengericht als Schutzbehauptung. Der Angeklagte war erkennbar dem linken Lager zuzuordnen.

Auf der Flucht vor der Polizei waren der Angeklagte und sein Bruder im Bereich der Nürnberger Straße in einen VW-Transporter gesprungen - angeblich das Fahrzeug des Jenaer Stadtjugendpfarrers Lothar König. Den Beamten war es gelungen, den 20-Jährigen aus dem fahrenden Auto heraus zu ziehen. Er hatte zwei weitere Steine in seinen Taschen.

Nach seiner Festnahme habe er seinen Steinwurf bedauert, sagte ein Polizist. dapd/SvD

<http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Bewaehrungsstrafe-fuer-Steinwerfer;art1047,3646470>

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 16.01.2012

Freie Presse | 16.01.2012

Steinewerfer zu Bewährungsstrafe verurteilt

Amtsgericht Dresden verurteilt 20-Jährigen wegen Angriffs auf einen Polizisten

Dresden (dapd-lsc). Weil er bei den schweren Ausschreitungen am 19. Februar 2011 in Dresden einen Stein auf Polizisten geworfen hat, ist ein 20-Jähriger wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung zu einer Jugendstrafe von zehn Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Das Amtsgericht Dresden wies den Angeklagten außerdem an, 50 Arbeitsstunden abzuleisten.

Der Heranwachsende gestand, einen Stein in Richtung einer Polizeikette geworfen zu haben. "Vielleicht waren es auch zwei", sagte er. Den Polizeibeamten war der Werfer, der eine graue Jacke und eine helles Basecap trug, aufgrund seiner markanten Kleidung aufgefallen. Außerdem sei er unmittelbar vor einem blauen VW-Transporter aus der Menge hervorgetreten, um aus höchstens 30 Metern Entfernung einen faustgroßen Pflasterstein auf die Uniformierten zu werfen, berichteten mehrere Beamte als Zeugen.

Zum zweiten Mal stand nun ein Steinewerfer vom 19. Februar vor dem Dresdner Jugendschöffengericht. Anfang Dezember war der 19 Jahre alte Bruder des jetzigen Angeklagten, der ebenfalls mit Steinen geworfen hatte, zu einer Bewährungsstrafe von acht Monaten verurteilt worden.

Der 20-Jährige sagte nun, er habe seinen Bruder von Döbeln nach Dresden zu den Demos begleitet und bis dahin gar nicht gewusst, worum es bei den Auseinandersetzungen in Dresden gegangen sei. Auch habe er angeblich keine Probleme mit der Polizei gehabt. Das jedoch wertete das Jugendschöffengericht als Schutzbehauptung. Der Angeklagte war erkennbar dem linken Lager zuzuordnen.

Auf der Flucht vor der Polizei waren der Angeklagte und sein Bruder im Bereich der Nürnberger Straße in einen VW-Transporter gesprungen - angeblich das Fahrzeug des Jenaer Stadtjugendpfarrers Lothar König. Den Beamten war es gelungen, den 20-Jährigen aus dem fahrenden Auto heraus zu ziehen. Er hatte zwei weitere Steine in seinen Taschen. Unmittelbar nach seiner Festnahme habe er seinen Steinwurf bedauert, sagte ein Polizist.

Es war der zweite Prozess gegen einen der Steinewerfer vom 19. Februar 2011. Mehrere weitere Verdächtige sind bereits angeklagt. An dem Tag war es bei Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Linksextremen, Polizei und Neonazis gekommen. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Steinewerfer-zu-Bewaehrungsstrafe-verurteilt-artikel7878017.php>

«Nazis werden aufgewertet»

CHEMNITZ/MZ. Unterschätzen wir den Linksextremismus? Unser Redakteur Alexander Schierholz hat darüber mit Prof. Eckhard Jesse, Politikwissenschaftler an der TU Chemnitz, gesprochen.

Herr Jesse, ein Linksautonomer wirft eine Betonplatte auf einen Polizisten - ein Einzelfall?

Jesse: Leider nein. Beim Kampf gegen Rechtsextremisten mischen sich immer wieder gewaltbereite Linke unter die Demokraten. In Magdeburg vor allem, seit die rechtsextreme Szene die Stadt neben Dresden als bundesweiten Aufmarschort für sich entdeckt hat.

Das heißt, mehr Neonazis ziehen mehr Linksextremisten an?

Jesse: Dieser Zusammenhang besteht eindeutig. Die rechtsextremen Demonstrationen werden von Jahr zu Jahr größer, das ruft nicht nur Demokraten auf den Plan, sondern auch immer mehr gewaltbereite Linksextremisten. Die kommen ja beileibe nicht nur aus Sachsen-Anhalt. Sie kommen aus Berlin, aus Hamburg, aus Sachsen, das ist ein vagabundierendes Protestpotenzial. Linksautonome und Rechtsextremisten brauchen einander zur Auseinandersetzung. Man könnte sagen, beide Gruppen leben geradezu voneinander, sie sind Brüder im Geiste.

Wie bitte?

Jesse: Beide sind auf klare Feindbilder fixiert: Bei den Linksautonomen sind es der Staat, die Polizei und Rechtsextremisten, tatsächliche oder vermeintliche. Und bei denen sind es Ausländer und - freilich weniger - die Autonomen.

Aber die Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht, ist doch größer als die durch Linksextremismus.

Jesse: Richtig ist: Jeder Rechtsextremist ist Antidemokrat. Aber nicht jeder Gegner der Rechtsextremisten ist ein Demokrat. Das hört man nicht gerne, das ist ein gewisses Tabuthema. Ich will nichts gleichsetzen, aber Tatsache ist, dass es auch linksextreme Gewalt gibt, wie man ja jetzt in Magdeburg gesehen hat. Und Gewalt ist abzulehnen, egal aus welcher Richtung sie kommt. Doch eine Gefahr für den Staat geht aus meiner Sicht von keinem der beiden Lager aus. Dazu sind sie isoliert.

Welche Gefahr geht denn Ihrer Ansicht nach von gewaltbereiten Linksautonomen aus?

Jesse: Die größte Gefahr ist, dass sie versuchen, den friedlichen Protest gegen Rechtsextremismus für sich zu besetzen. Dadurch wird die gute Sache in ein schlechtes Licht gerückt und diskreditiert. Und Rechtsextremisten können sich ins Fäustchen lachen. Sie werden letztlich von den Linksautonomen aufgewertet, während die Demokratie Schaden nimmt.

Wie lässt sich das verhindern?

Jesse: Jeder Demokrat sollte sich eindeutig von solchen Versuchen distanzieren. Wer friedlich gegen Rechtsextremisten demonstrieren will, muss deutlich machen, dass Gewalt dabei nicht geduldet wird, aus keinem Lager.

<http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1326700671244&openMenu=987490165154&calledPageId=987490165154&listid=994342720546>

Ausschreitungen am 19. Februar 2011 in Dresden - Bewährungsstrafe für Steinewerfer

Dresden. Das Amtsgericht Dresden hat am Montag einen weiteren Steinewerfer von der Anti-Neonazi-Demonstration vom 19. Februar 2011 in Dresden verurteilt. Der 20-Jährige aus Annaberg im Erzgebirge erhielt eine Jugendstrafe von zehn Monaten auf Bewährung wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er aus einer Menschenmenge heraus einen faustgroßen Granit-Pflasterstein in eine Polizeisperre geworfen hatte. Dabei habe er die Verletzung von Beamten billigend in Kauf genommen, sagte die Vorsitzende Richterin Birgit Keeve. „Die Polizei ist sein Feindbild.“ Der wegen Diebstahls und Sachbeschädigung bei der Polizei bereits bekannte Hartz IV-Empfänger ohne Schulabschluss war mit seinem Bruder in die Landeshauptstadt gekommen. Der ein Jahr Jüngere war Anfang Dezember 2011 zu einer Jugendstrafe von acht Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Bei den Demonstrationen am 13. und 19. Februar zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg gab es Gewaltexzesse von Rechts- und Linksextremen. Die Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen insgesamt sechs Tatverdächtige erhoben. Ein Blockierer wurde freigesprochen. dpa

<http://www.lvz-online.de/leipzig/polizeiticker/polizeiticker-mitteldeutschland/ausschreitungen-am-19-februar-2011-in-dresden--bewaehrungsstrafe-fuer-steinewerfer/r-polizeiticker-mitteldeutschland-a-121559.html>

Demo gegen Neonazi-Aufmarsch

Mit einer Demonstration machte das Bündnis „Marburg goes Dresden“ auf eine Demonstration gegen einen Neonazi-Aufmarsch mobil. Am Samstag, 18. Februar, findet, wie in jedem Jahr, ein großer Neonazi-Aufmarsch in Dresden statt.

Marburg. Aus diesem Anlass hat das Bündnis „Marburg goes Dresden“ am Samstag eine Kurz-Demonstration in der Ketzerbach veranstaltet um zu zeigen, dass „für menschenverachtende, rassistische und faschistische Ideologie kein Platz ist“ – weder in Marburg noch in Dresden, so die Veranstalter.

„Sich Neonazis in den Weg stellen kann jeder. Die Aktion der Menschenblockade steht allen offen und ist über alle politischen Spektren hinaus ein Symbol für antifaschistischen Widerstand“, sagte Hendrik Gesthuysen, der die Demonstration in Marburg angemeldet hatte.

<http://www.op-marburg.de/Lokales/Marburg/Demo-gegen-Neonazi-Aufmarsch>
